

Pressemitteilung 06.03.2024

Brandbrief an den Magistrat: Paradigmenwechsel gefordert

Ein breites Bündnis von Trägern in der präventiven Kinder- und Jugendhilfe hat sich mit einem Brandbrief an den Magistrat der Stadt Frankfurt gewandt, um auf die dramatische Situation bei Kindern und Jugendlichen hinzuweisen. Für den Doppelhaushalt 2024/25 wird eine dauerhafte Erhöhung von 26 Mio. € für die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gefordert. Die Stadtpolitik müsse während der Haushaltsaufstellung die Bedürfnisse junger Menschen in Frankfurt endlich priorisieren und präventive Angebote der Kinder- und Jugendhilfe ausreichend fördern. Das Bündnis umfasst neben dem Frankfurter Jugendring und Erziehungsberatungsstellen, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in freier Trägerschaft sowie Einrichtungen der Jugendhilfe an den Schulen.

Anlass für den Brandbrief ist die Magistratesausschuss-Sitzung diesen Freitag, am 8.3.2024, in der der Magistrat den Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/25 beschließen soll. Das Bündnis nimmt darin Bezug auf den am 29.01.2024 verabschiedeten „Appell zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ des Jugendhilfeausschusses in Frankfurt. Darin hatten Fachkräfte und Personen aus der Stadtpolitik die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat bereits aufgefordert, einen nachhaltigen Paradigmenwechsel in der Kinder- und Jugendhilfe einzuleiten.

Während Kinder und Jugendliche seit Beginn der Corona Pandemie in ihren Bedürfnissen und Rechten vernachlässigt wurden, wie auch wissenschaftliche Erkenntnisse und die Praxis zeigten, sind junge Menschen zunehmend von Belastungen betroffen wie bspw. psychische Störungen, Existenzängste und Armut. Ängste angesichts von Kriegen, der Entwicklung des Klimawandels und einer Überforderung mit den Informationen über soziale Medien verschärften die Belastungslage zusätzlich.

Die Kinder- und Jugendhilfe bietet jungen Menschen mit ihren Angeboten Räume für mehr Teilhabe, Chancengerechtigkeit, Selbst- und Demokratiebildung. Allerdings mussten die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe zunehmend präventive Angebote abbauen, da sie nicht mehr ausreichend finanziert sind. Für einige Träger sei es das entscheidende Jahr, um das Schließen ganzer Einrichtungen abzuwenden.

„26 Mio. € mehr für die Kinder- und Jugendhilfe machen lediglich 9% der Gewerbesteuererhöhungen von 2023 in Frankfurt aus. Die Frankfurter Stadtpolitik muss entscheiden, was Ihnen die Jugend Frankfurts wert ist. Präventive Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sind eine Investition in die Zukunft.“

Jessica Beloborodov, Vorsitzende des Frankfurter Jugendring

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Rabab Flaga - Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Projektarbeit beim FJR: rabab.flaga@frankfurterjugendring.de